

Zeitung Wand

Die Zeitung von unten!

Diese Wandzeitung wird monatlich 1500 mal geklebt. Durch Abonnenten wird sie mitfinanziert. Abonnieren Sie!

Kölner

November 1982 **4**

Die Kölner Wandzeitung berichtet regelmäßig über Aktionen gegen Kölner Klüngel, Verschwendung, Schiebereien, Spekulationsgeschäfte, Unterdrückung, Beamtenwillkür auf Kosten des kleinen Volkes.

Flugblätter und Plakate werden bevorzugt abgedruckt! Diese Zeitung wird in Köln an die Wände geklebt und ist an einigen Stellen (SSK) für 50Pfg zu kaufen. Wer uns unterstützen will, kann uns beim Kleben und Verbreiten helfen und/oder ein Förderabonnement bestellen. Jahrespreis ab 50,- DM. Damit wird ein Teil der Druckkosten finanziert. Wer wenig Geld hat erhält es für 25 Mark.

Wer abonniert, zahlt 50,- oder 25,- auf Postscheck Köln 32 80 04-500 (Beate Bätje)
Stichwort: Wandzeitungs-Abo
Herausgeber und Verlag: SSK e.V. Liebigstr.25, 5 Köln 30
Druck: Betrieb Merkenicher Str.99, 5 Köln 60

Verantwortlich: Michael Biela Liebigstr.25, 5 Köln 30

„Nicht den Kopf zerbrechen“ sollen wir uns nach Meinung von OB-Bürger darüber, was die ESSO mit dem Gelände anfängt, das sie vor 25 Jahren für 1 Mark pro Quadratmeter von der Stadt Köln erhalten hat, und das sie nun nicht mehr braucht, weil sie ihr Werk in Köln schließt.

Der SSK, der in der Düsseldorfer Str.74 auf einem leerstehenden städtischen Gelände Wohn- und Arbeitsplätze für Behinderte und benachteiligte Menschen geschaffen hat, hat dem Oberbürgermeister daraufhin vorgeschlagen, ihm dieses Gelände zu den selben Bedingungen zu verkaufen, die die Esso damals von der Stadt erhalten hat; also 1 Mark pro Quadratmeter.

Die Antwort auf diesen Vorschlag hat Bürger in seinem Brief geschickt ausgespart. Inzwischen wurde sie dem SSK vom Gericht aus zugestellt: Der SSK und mit ihm 20 alte, behinderte und somit bedürftige Menschen sollen das Gelände räumen und ihr selbstgeschaffenes Zuhause verlieren.

ESSO-Multi mit Verantwortung? fragt Bürger anlässlich der Werksschließung im „Kölner Wochenspiegel“. Wir fragen: angesichts des Räumungsurteils: Bürger - Oberbürgermeister mit Verantwortung?



Oberbürgermeister erklärt sich verantwortlich

DER OBERBÜRGERMEISTER DER STADT KÖLN

An die
Sozialistische Selbsthilfe
Köln - Mülheim

5 KÖLN 1, DEN 15. Juli 1982
RATHAUS
POSTFACH 10 80 20
FERNSPRECHER: 2211
DUWA 221 20 22
FERNSCHREIBER: 08882988

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich danke Ihnen für Ihr Schreiben vom 01.07.1982, das ich am 5. Juli erhielt. Sie haben darin zur aktuellen Diskussion um die Zukunft des Esso-Chemie-Werkes in Köln Stellung genommen und auf einen neuen Vergleichsvorschlag Ihres Anwaltes im Rechtsstreit mit der Stadt Köln wegen der Räumung des Grundstückes Düsseldorfer Straße 74 hingewiesen.

Das von Ihnen empfundene Gefühl der Bitterkeit wegen der Grundstücksfrage in Sachen Esso halte ich allerdings für grundlos und nicht notwendig.

Es besteht kein Anhaltspunkt dafür, daß Esso für den Fall einer Werksstilllegung nicht bereit wäre, das wertvolle Industriegelände an die Stadt zurückzugeben.

Sicherlich hätte man bei Vertragsabschluß neben dem vertraglich und grundbuchrechtlich abgesicherten Vorkaufsrecht noch weitere Eventualitäten festlegen können. Darüber sollten wir uns aber nicht den Kopf zerbrechen, da ich von dem Vorsitzenden des Vorstandes der Esso AG Deutschland, Herrn Wolfgang Oehme, persönlich das Wort habe, daß die Stadt in einem solchen Eventualfall das Grundstück zu den alten Bedingungen zurück- erhalten würde.

Mit freundlichen Grüßen

Norbert Bürger
Norbert Bürger

Von der kleinen Freiheit in die etwas größere

Am 20.8.'82 wurde ich aus der JVA Ossendorf entlassen: vor der Entlassung fand das übliche Entlassungsgespräch mit Herrn Goško statt. (Wie bei allen Sozialarbeitern besteht seine Hauptbeschäftigung darin, fünf Stunden in der Kantine zu verbringen und die restlichen 3 Arbeitsstunden "Arbeit" vorzutäuschen!) Herr Goško fragte mich, ob ich eine Wohnung gefunden hätte, worauf ich nur antworten konnte, in zwei Tagen Hafturlaub wäre es nicht möglich gewesen eine zu finden. Ich bekam einen guten Tip: ich sollte zu einem gewissen Herrn Heinerich beim Wohnungsamt gehen und ihn erinnern, mit welchen Hotels er zusammen arbeiten würde. Ich bekam von Herrn Heinerich einen Berechtigungsschein für das Hotel "Maria-Lenz", Jülicherstr.1, wo ich "aufgrund der Wohnungsnot in Köln" bis heute wohne. Aus Bequemlichkeitsgründen ist es dem Sozialamt Köln lieber (und bei einem Tagessatz von 29,-DM auch teurer), ca. 900,-DM monatlich für mich auszugeben, statt mir eine billigere, eigene Wohnung zu besorgen. Denn es ist ja auch auf Dauer keine Basis, in einem Hotelzimmer zu leben. Ich mußte eine Erklärung unterschreiben, die beinhaltet, daß ich mein Arbeitslösegeld gemäß §90 BSHG zur Deckung der Hotelkosten abtrete. Ich bekam drei Adressen von Maklern, eine (!) Wohnung haben sie wohl auch für mich gefunden. Geplatzt ist der Traum vom eigenen Heim, als mir mein Vermieter die Bescheinigungen für das Sozialamt und das Wohnungsamt unterschreiben sollte. Auf mein eigenes Bemühen hin fand ich doch noch eine Wohnung, deren Vermieter mir wörtlich gesagt hat, daß ihm "die Wartezeit von 3-4 Monaten auf die Kautions für die Wohnung von der Stadt Köln zu lang sei, und er sich das heutzutage nicht leisten könne." Da ich weiß, daß ich kein Einzelfall bin, fordere ich alle Menschen, die selber mit dem Sozialamt Köln ähnliche oder gleiche Erfahrungen gemacht haben, oder sich für dieses Thema interessieren und auch engagieren wollen auf, sich am 24. 11. 82 in der Subbelratherstr. 257 zu treffen. *20.11.82* *beiden Sozialanten*
Zumindest alle Betroffenen sollten sich treffen, zu einer Gemeinschaft zusammenschließen, nicht feige sein und sich massiv zur Wehr setzen!

Werner
Gehneidewind

Möbel

In unseren Lagern warten preiswerte Möbel und Krimskrams auf Sie:

Schränke
Tische
Küchenmöbel
Öfen
Kühlschränke
E-Herde
Stühle
Couchgarnituren
Sessel
Kommoden
Betten
Schrankwände
Spiegel
Kochtöpfe
Pfanne
Kaffeekanne
Nudelhölzer
Schaumschläger
Salzstreuer
Bücher

Wir brauchen Aufträge:

Kleintransporte, -Umzüge, Entrümpelungen, Entschuttungen, Gelegenheitsarbeiten in Haus und Garten, Container beladung, Briketts frei Haus

Preise nach Vereinbarung

SSK
Sozialistische Selbsthilfe Köln

Ehrenfeld, Liebigstr.25, Tel.556189
Mitte, Salierring 41, Tel. 213175
Mülheim, Düsseld.Str.74, Tel.625052
Derschlag (Oberberg) Wehrstr bei Sägewerk Ley, Tel.02291/1308
Ger.Gladbach, Hauptstr.152
Tel. 02204/68632

Porzer Selbsthilfe e.V.
Ensener Weg 64-68, Tel. über 54343

Offener Brief an Oberstadtdirektor Rossa

Köln, den 18.10.1982

Betr.: Umwandlung des Miethauses Markgrafenstr. 87 in Eigentumswohnungen

Sehr geehrter Herr Rossa,

wir haben erfahren, daß Ihre Verwaltung die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen im Sanierungsgebiet Mülheim genehmigt hat. Es wurde uns erklärt, daß der Paragraph 15 Städtebauförderungsgesetz für ein Verbot nicht ausreicht, weil angeblich grundsätzlich die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen mit den Sanierungszielen für Mülheim - Nord vereinbar sei. Dabei wird unterstellt, daß wir Mieter die Wohnungen kaufen könnten oder als Mieter in den Eigentumswohnungen wohnen bleiben könnten. Dem steht entgegen:

- Der Spekulationsgewinn der neuen Hauseigentümer Potsch & Nickel, den Sie mit 100% (1 Mio. DM Kaufpreis / 2 Mio. DM Verkaufspreis) veranschlagen müssen.
 - Selbst der ursprüngliche Kaufpreis (1 Mio.) ist durch den nachweisbaren enormen Reparaturstau der letzten 15 Jahre nicht gerechtfertigt. Würden wir Mieter zu diesem Preis kaufen, könnten wir die Folgekosten nicht aufbringen.
 - Bei dieser Vorstellung berücksichtigen Sie nicht die tatsächlichen Vermögensverhältnisse der Mieter des Hauses. Sie müssen anerkennen, daß es eben Familien gibt, die nicht in der Lage sind, Eigentumswohnungen zu erwerben und die nicht bereit sind, sich auf Jahrzehnte zu verschulden. Bestätigt wird dies auch dadurch, daß keiner der Mieter auf die nach außen hin günstig erscheinenden Angebote eingegangen ist!
- Die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen bedeutet den endgültigen Verlust des Hauses für das Mietwohnungsangebot.

Ihre Verwaltung läßt keine Gelegenheit aus, öffentlich zu bedauern, daß immer mehr Mietwohnraum durch Abriss, Luxusmodernisierung oder eben die o.g. Umwandlung in Eigentumswohnungen verloren geht.

- Uns wurde immer wieder versprochen:
- Keine Spekulation im Sanierungsgebiet!
- Keine Vertreibung aus Mülheim - Nord!
- Erhalt des mittleren Mietniveaus!
- Durchführung einer sozialen Sanierung!

Heute müssen wir feststellen, daß Sie von Ihren Versprechungen keine halten können. In unserem Falle konnten sämtliche Familien (6 Mietparteien sind bereits ausgezogen) keinen Ersatzwohnraum im Viertel, geschweige denn im Sanierungsgebiet finden. Entgegen Ihren Versprechungen kauften sich die Spekulanten Potsch & Nickel im Sanierungsgebiet ein und können mit Ihrer Hilfe (100% tige Finanzierung über die Stadtparkasse und Ihrer Genehmigung) Mietwohnraum vernichten. Ihre Verwaltung ist trotz unserer Hilferufe nicht bereit, das Haus mit den angeblich dafür bereitstehenden Mitteln zu kaufen oder aber Farbe zu bekennen und den Spekulanten der Fa. WOBÄU über den § 15 StBFG die sanierungswidrige Umwandlung zu verbieten. Wenn man an Ihre soziale Sanierung glauben soll, dann müssen Sie diesem Unrechtmäßigen Treiben ein Ende bereiten.

Für uns Mieter und die Sanierungsbetroffenen im Viertel ist das Verhalten Ihrer Verwaltung Prüfstein für die gesamte Sanierung Mülheim-Nord.

Mit verbindlichen Grüßen
Notgemeinschaft der Mieter Markgrafenstr. 87

Wie im 19. Jahrhundert

Landschaftsverband beutet Behinderte aus

Das muß man sich mal vorstellen:

Da hat der Landschaftsverband Rheinland (LVR) von der Landesregierung die Hauptfürsorgestelle für Schwerbehinderte übertragen bekommen. Diese Stelle überwacht die Gleichbehandlung der Schwerbehinderten in Betrieben. Sie hat dafür zu sorgen, daß Arbeitgeber keine schmutzigen Geschäfte mit Behinderten macht, sie nicht diskriminiert oder sie in zu geringer Zahl einstellt.

Vor dem Kölner Arbeitsgericht stellte sich jetzt heraus, daß man auch in diesem Bereich den Bock zum Gärtner gemacht hat.

Der behinderte Hilfskoch Münsner fühlte sich vom Landeskrankenhaus Düren betrogen, weil er 20 Monate lang nur 80% des Mindestlohns für seine Tätigkeit erhalten hatte. Bei der Beweisaufnahme stellte sich heraus, daß er genauso viel leistete, wie seine anderen Kollegen, aber, weil er behindert ist, 300 DM im Monat weniger bekam. Das Gericht sprach von willkürlicher Behandlung, Diskriminierung und Verletzung des Gleichbehandlungsgrundsatzes. Daher wurde am 14.10.82 der LVR zur Nachzahlung von 6000 DM verurteilt.

Doch auch nach diesem Urteil werden in Düren weiterhin Behinderte um ihren Lohn betrogen. Hauptverantwortlich für diese miese Lumperei ist der Dürener Spitzenbeamte Hans - Diet er Guthoff, der als CDU-Mitglied offenbar schon längst die christliche Ellenbogengesellschaft in Düren eingeführt hat.

Daß Guthoffs pikare Chefs in der Zentralverwaltung des LVR diese Ausplünderung von hilflosen Menschen seit Jahren achselzuckend hinnehmen wundert keinen, der die Geschäftspraktiken dieser Herren kennt. Was kann man denn schon erwarten von überbezahlten Beamten, die ungerührt Patienten wie Vieh gehalten haben?

Seit eh und jeh gilt die Hauptfürsorge des Beamtenmonstrums am Kennedyufer den eigenen Bankkonten. Am meisten sahen die Chefärzte der Irrenanstalten ab: Bis zu 450 000 DM an Nebenverdiensten im Jahr. Gerechterweise müßte diesen ausbeuterischen Beamten das Gehalt und ihre Vergünstigungen um 20% gekürzt werden - wegen charakterlicher Behinderung.

Daß sie Feste für zigtausende von Mark feiern, daß sie Prunkbauten für hunderte von Millionen bauen, an all das haben wir uns inzwischen gewöhnt.

Daß die Herrschaften aber nicht nur ihre Fürsorgepflicht für die Behinderten vergessen, sondern selbst als feige Ausbeuter auftreten und ihre Millionen zusammenkratzen, indem sie Behinderte ausplündern und um ihren Lohn prellen, DAS GEHT ZU WEIT!

Wie sollen solche Hauptfürsorgeexistenzen denn erst Unternehmen kontrollieren, wenn sie doch die Kontrolle über sich selbst in einem solch verheerenden Ausmaß verloren haben?

Fordern Sie deshalb mit uns den Ministerpräsidenten Rau auf:

1. Die Hauptfürsorgestelle unverzüglich aus dem LVR zu entfernen
2. den LVR anzuweisen, ab sofort alle bei ihm tätigen Behinderten voll zu entlohnen
3. den LVR anzuweisen, bereits gekündigte Behinderte wieder einzustellen.

SSK - BESCHWERDEZENTRUM
Liebigstr. 25, 5 Köln 30
Tel.: 55 61 89
Treffen: Dienstags um 20 Uhr 30



V.i.S.d.P. J. Genske
Overbeckstraße 40-42
5 Köln 30

'Sonder-Opfer Ludwig-Museum'

1975, als der Größenwahn bei Politiker und Beamten noch ungebrochen war, beschloß der Stadtrat einstimmig dem Aachner Schokoladenfabrikanten Peter Ludwig ein Museum zu bauen. Der Schoko-Millionär schenkte der Stadt Köln moderne Kunst. Ungeheuerlich war schon damals, das dieses Museum mit allem Drum und Dran 77 Millionen kosten sollte. Inzwischen hat sich herausgestellt, wie berechtigt die damals schon aufkommenden Proteste der Bevölkerung waren: Nach den neuesten Schätzungen wird dieses Fabrikantendenkmal am Dom 1 Milliarde verschlingen, und jedes Jahr neu müssen die Kölner 10 Millionen für die Unterhaltung hinblättern. Es ist schlimm und skrupellos wie im Augenblick die Politiker beim kleineren Volk absahnen und vielen von uns hängen die scheinheiligen Parolen vom „gemeinsamen Opfer bringen“ schon zum Halse raus. Was zeigt deutlicher die Verlegenheit der Opferpriester als die Tatsache, daß Ludwig-Museum unvermindert durchgezogen wird, koste es was es wolle.

Dieses ist eine Fälschung des SSK!

Professor Dr. Dr.h.c. PETER LUDWIG



Liebe Kölner Mitbürger,

als Ihr aller Ehrenbürger bitte ich auf diesem ungewöhnlichen Weg um Ihre geschätzte Aufmerksamkeit. Es ist ein sehr ernster Anlaß, der mich zu diesem außergewöhnlichen Schritt treibt.

Sie alle wissen, daß am Dom mein Jahrtausend-Museum für moderne Kunst im Werden ist. Nicht so bekannt ist, jedenfalls in den unteren Gesellschafts-Schichten, daß mein Museum nicht einfach nur aus einem Gebäude besteht. Es ist vielmehr eine Kulturlandschaft von Weltrang, das zukünftige „Herz von Köln“, wie es mein steinreicher aber sozialdemokratischer Freund Van Nes Ziegler in einem lichten Augenblick genannt hat.

Am 5. November wurde nun die 4. Teileinweihung begangen, diesmal sind es die Vollendung des „Irene-Ludwig-Tunnel“ und der Baubeginn der „Peter-Ludwig-Terrassen“. Dies ist an sich erfreulich, zumal der Zeitplan bisher noch eingehalten erscheint, so daß mein Komplex bis zu meinem 60. Geburtstag am 9. Juli 1985 rundum fertig ist.

Aber es gibt auch Schattenseiten, die ich nicht länger für mich behalten kann. Es ist zu befürchten, daß mittelmäßige Politiker im Zuge allgemeiner durchaus notwendiger Sparmaßnahmen auch bei meinem Kultur-Denkmal zu knausern beginnen. So mußten meine Gattin und ich bisher bereits mit tiefer Bestürzung zur Kenntnis nehmen, daß der soeben fertiggestellte „Irene-Ludwig-Tunnel“ schon jetzt Risse aufzeigt und daß für die Außenverkleidung meines Museums statt dauerhaftem Blei nur vergängliches Blech verwendet wird. Dies traf uns um so tiefer, als wir auch aus unseren unternehmerischen Betätigungen in der Schokoladenbranche (Trumpf, Van Houten, De Beukelaer, Regent, Comet, Lindt, Mauxion) wissen, daß die Verpackung alles, der Inhalt jedoch zweitrangig ist.

Schuld daran, daß muß ich Ihnen heute offen sagen, sind die Sozialdemokraten! In den ersten Jahren konnte ich mich über diese politische Gruppierung nicht beschweren. Ihre Führungsschicht lag voll auf der Linie meiner Kultur und deshalb spielte Geld auch für sie keine Rolle. Das der Preis für die gesamte Kulturlandschaft von 1976 bis heute von insgesamt 77 Millionen Mark auf 1000 Millionen Mark anstieg, nahmen sie ergeben hin. Seit sie es aber gewagt haben an meiner Fassade zu sparen, ist auch hier nicht länger zu übersehen, daß die Sozialdemokraten in wirtschaftlichen Krisenzeiten allzuleicht die höheren Werte aus den Augen verlieren und allzusehr dem Druck der Straße nachgeben.

Der sich als eifrig erwiesene Herr Siefen und auch die an sich verständige sozialdemokratische Führungsschicht ist offensichtlich zu schwach in den kommenden Jahren die finanzielle Grundlage meines Projekts sicher zu stellen. Genau wie der Verteidigungshaushalt in Bonn kann auch mein Museum nur dadurch ohne Abstriche fertig gestellt werden, daß alle zu Opfern gezwungen werden. Der historische Fehler der SPD war und ist, daß sie sich in ihren eigenen Reihen nicht von denen gelöst hat, die die primitiven Bedürfnisse des Volkes wie Essen, Kleidung, Wohnen, Krankenbehandlung, Renten über die ewigen Werte unserer Kultur stellen.

Sie alle wissen, liebe Kölner, daß ich bei der beabsichtigten „Ludwig-National-Stiftung“ mit den sozialdemokratischen und linksliberalen Politikern in Bonn und Düsseldorf einen Reifall erster Güte erleben mußte. Anstatt daß meine Jahrtausend-Offerte in gehöriger Form angenommen und in aller Selbstverständlichkeit unverzüglich die benötigten Mittel freigemacht wurden, erlaubte man sich zu zögern, zu wackeln und vielleicht sogar zu zweifeln. Angewidert von solchem Krämergeist in der Kultur fand meine Gattin Irene wie sich so oft auch darauf die richtige Antwort: „Schluß damit Professor - keine Perlen vor die Säue“.

Liebe Mitbürger, da nur die FDP und meine Parteifreunde von der ÖDU die Kraft aufbringen, ein besonderes Ludwig-Opfer allen Kreisen der Bevölkerung, besonders aber denjenigen, die nicht ins Museum gehen, abzuverlangen, ist die sofortige Kölner Wende nötig. Wir brauchen Männer und Frauen in der Führung der Stadt, die beherzt genug sind, auch den Kleinrentnern, Arbeitslosen, Sozialhilfeempfängern, Kranken ein besonderes Kultur-Opfer abzuverlangen. Da die Kölner FDP den historischen Gang noch nicht gewagt hat, (Winkler und Leirich sind eben nicht Genscher und Lamsdorff) nehme ich es auf mich, an Ihre kulturellen Instinkte zu appellieren. Ich habe die Aktion „Sonderopfer Ludwig-Museum“ ins Leben gerufen. SCHLIESSEN SIE SICH AN!

Schreiben Sie an

Dr. Winkler, Fraktionsvorsitzender der FDP, 5000 Köln, Rathaus

Ich fordere Sie auf, die Koalition mit der SPD zu beenden und eine neue Koalition mit der CDU zu bilden, mit dem Ziel, ein „SONDER-OPFER LUDWIG-MUSEUM“ einzuführen, damit keine weiteren Einsparungen am Museum durchgeführt werden.

Hirsch verkauft Schimmel

Konditor Peter Hirsch: „Es kann vorkommen, daß das Brot, das ich morgens backe, nachmittags schon verschimmelt ist“.

Mit dieser Haarsträubenden Entschuldigung versuchte sich Peter Hirsch vor Gericht zu rechtfertigen. Bei einer Hausdurchsuchung in dem von ihm betriebenen Schlafstellenbunker, Werkstattstr. 9, stellten Polizei und Gesundheitsamt fest, daß in seiner Lebensmittelverkaufsstelle verschimmelte Waren tagelang mitten zwischen den frischen gelagert waren. Das Amtsgericht Köln verurteilte ihn am 21. Okt. wegen Verstoß gegen das Lebensmittelgesetz zu einer lächerlichen Geldstrafe von 3000 Mark (der Staatsanwalt forderte 6000). Hirsch's Rechtsanwältin versuchte dem Gericht weiszumachen, er befände sich in wirtschaftlichen Schwierigkeiten - eine Unverschämtheit, wo er doch Unsummen aus den Bewohnern seiner Bunkers herauspreiße (9 Quadratmeter Zellen ohne Fenster und Heizung für einen Quadratmeterpreis ab 20 DM). Ein Prozeß wegen Mietwucher steht noch aus.